

Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Mittwoch, 05.11.1997
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:20 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende
Grix, Helga

SPD-Fraktion
Haase, Hans-Dieter
Mecklenburg, Rico
Pohlmann, Marianne

CDU-Fraktion
Hegewald, Reinhard
Köhler, Nils

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Schmidt, Christine

FDP-Fraktion Grundmandat
Beisser, Kurt-Dieter Dr.

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder
Grix, Wilhelm
Keller, Diana
Meinen, Regina
Rehling, Gertrud

Beratende Mitglieder
Fekken, Okka
Gedenk, Bert
Henrich, Ursula
Lier, Michael
Sprengelmeyer, Thomas
Wilts, Elfriede

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Grix eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlußfähigkeit fest.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Regina Meinen stellt einen Anträgen auf Erweiterung der Tagesordnung. Es bestehe ein dringender Bedarf, sich nochmals mit dem Thema "kinder- und jugendpsychiatrische Ambulanz" zu beschäftigen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 3 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 16.10.1997

Beschluss:

Die Niederschrift Nr. 3 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 16.10.1997 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Haushaltssatzung der Stadt Emden für die Haushaltsjahre 1998 und 1999
Vorlage: 13/281

Herr Stadtdirektor Hemken erläutert die Haushaltssatzung der Stadt Emden für die Haushaltsjahre 1998 und 1999 und geht auf die neue Verfahrensweise ein, wonach erstmalig gem. §§ 44 und 84 NGO eine Haushaltssatzung für zwei Jahre zusammengefaßt worden sei.

Die Defizite für die Jahre 1998 und 1999 betragen 43,8 Mio. DM und 57,2 Mio. DM. Durch die Nachprüfung der Aufsichtsbehörde sei der Haushalt engen Begrenzungen ausgesetzt, und man habe sich an viele Vorgaben zu halten. Die volle Handlungsfähigkeit sei aller Voraussicht nach erst wieder um die Jahrtausendwende zu erreichen. Herr Hemken unterbreitet den Vorschlag, die Unterabschnitte des Haushaltes, das Jugendamt betreffend, durchzugehen und ggfls. zu erläutern und um Anregungen entgegenzunehmen.

Bei folgenden Haushaltsstellen wurden Anmerkungen vorgenommen:

HHst. 4510-5500.01 Haltung von Fahrzeugen

Frau Meinen fragt, ob ein Fahrzeug abgeschafft worden sei, daß der Haushaltsansatz 1997 lediglich 3.200,-- DM betrage.

Herr Fecht erklärt, daß die Reparaturkosten für Kraftfahrzeuge unterschiedlich hoch seien. 3.200,-- DM sei der Standardansatz.

Herr Sprengelmeyer merkt an, daß es sich hier um einen Bully mit Anhänger handele und daß der Haushaltsansatz erfahrungsgemäß nicht ausreiche.

HHst. 4510.6300.06 Ferienmaßnahmen

Der Haushaltsansatz 1997 beträgt hier 41.000,-- DM. Herr Hemken erwidert auf Anfrage, daß diese Ausgaben mit den Einnahmen aus Haushaltsstelle 4510.1100 (Einnahmen aus Ferienmaßnahmen) verknüpft seien.

HHst. 4601-1715.80 vom Land für Personalkosten

Herr Köhler möchte wissen, warum der Ansatz für 1997 42.000,-- DM betrage und für 1998 0,-- DM, bzw. ob die Hoffnung auf weitere Bezuschussung bestünde.

Herr Saathoff erklärt, daß es sich hier um ein Modellprojekt handele, das am 31.07.1997 ausgelaufen sei. Das Land Niedersachsen habe keine weiteren Mittel gewährt.

Herr Grix legt Wert auf die Feststellung, daß dieses Modellprojekt normalerweise von den Kommunen weitergeführt und weiterfinanziert werden solle.

Herr Saathoff stimmt dieser Aussage zu und bekräftigt, daß es sich um eine Anschubfinanzierung des Landes gehandelt habe. Die Maßnahme habe wegen fehlender Haushaltsmittel von der Stadt nicht fortgesetzt werden können.

Herr Hegewald möchte bezüglich der Haushaltsansätze der Kindergärten wissen, ob die Kindergartensätze stabil bleiben.

Herr Saathoff äußert, daß eine Kindergartengebührenerhöhung zur Zeit nicht geplant sei.

HHst. 4608-8510.01 Um- und Erweiterungsmaßnahmen Jugendherberge

Herr Hegewald fragt, ob der Haushaltsansatz in Höhe von 90.000,-- DM für 1999 ein konkretes Vorhaben beinhalte.

Herr Hemken erwidert, daß die Renovierung der Jugendherberge aufgrund des baulichen Zustandes notwendig sei.

Herr Mecklenburg stimmt im Namen der SPD-Fraktion der Haushaltssatz zu und legt Wert auf die Feststellung, daß es im Jugendhilfereich keine wesentlichen Kürzungen gegeben habe.

Herr Köhler gibt die Zustimmung der CDU-Fraktion für die HAushaltssatzung, begrenzt jedoch auf das Haushaltsjahr 1998. Er beantragt eine getrennte Abstimmung für die Haushaltsjahre 1998 und 1999. Er äußert sich ferner positiv darüber, daß im Jugendhilfereich ein Kahlschlag vermieden werden könne.

Frau Grix bittet um Abstimmung bzgl. des Antrages von Herrn Köhler, über die Haushalte 1998 und 1999 getrennt abzustimmen.

Ergebnis: 2 Jastimmen, 5 Neinstimmen, 1 Enthaltung

Damit ist der Antrag von Herrn Köhler abgelehnt.

Danach ergeht folgender Beschluß:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Emden für die Haushaltsjahre 1998 und 1999.

Ergebnis: einstimmig

TOP 5 Zuschüsse nach den Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit
Vorlage: 13/348

Herr Sprengelmeyer erklärt, daß der unter Punkt 1 aufgeführte Zuschuß für die internationale Begegnung mit Archangelsk 1.344,-- DM betrage und nicht wie angegeben 1.440,-- DM. Hier sei irrtümlich ein Tag zuviel berechnet worden. Er führt zu diesem Punkt weiter aus, daß die beiden Fachschulen aus Archangelsk und Emden im Rahmen eines Partnerschaftsvertrages

langfristig zusammenarbeiten wollen und daß ein enger Kontakt gewünscht sei. Es sei wichtig, diesen Austausch zu fördern, weil die Kinder- und Jugendarbeit in Russland zur Zeit brach liege. Es sei ferner geplant, ein Kinderbuch zu erstellen. Zwischen Archangelsk, Emmen und Emdensei eine Vernetzung geplant, die es auch ermöglichen soll, gegenseitige Praktika auszuüben. Das internationale Verständnis fange seiner Meinung nach bei Kindern an.

Außerdem soll die kath. Kirchengemeinde St. Michael einen Betriebskostenzuschuß in Höhe von 1.000,- DM erhalten, und zwar für Räumlichkeiten für die Gruppe der Deutschen Pfadfinderschaft St. Georg, sowie für die Nutzung der Räumlichkeiten als offener Jugendtreff.

Herr Sprengelmeyer führt weiter aus, daß das Eltern-Kind-Zentrum Wackelpeter einen Zuschuß von 934,74 DM erhalten soll für eine Mutter-Kind-Freizeit, und zwar für die Teilnahme von 8 Kindern aus Emden.

Herr Hegewald stellt fest, daß die kath. Kirchengemeinde St. Michael nur 1/4 der beantragten Kosten in Höhe von 4.000,- DM erhalten soll und fragt nach den Gründen.

Herr Sprengelmeyer bemerkt, daß aufgrund der kanppen Haushaltsmittel nur ein Betrag von 1.000,- DM bewilligt werden könne. Außerdem sei der Antrag der Kirchengemeinde erst sehr spät am 06.10.1997 gestellt worden.

Herr Grix unterstützt die Zahlung der Zuschüsse an Schulen im Rahmen der Internationalen Begegnung. Seines Erachtens müßten jedoch die "Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit" neu überarbeitet werden, zumal der Ostblock bisher ausgeklammert sei und 5 neue Bundesländer hinzugekommen seien.

Herr Sprengelmeyer ergänzt hierzu, daß bei der Erstellung neuer Richtlinien ebenfalls die Förderung in der Schule dazukommen müsse. Diese Thematik sei bereits im Arbeitskreis "Schule und Jugendhilfe" behandelt worden.

Herr Grix regt an, daß sich der Arbeitskreis bei Gelegenheit dem Jugendhilfeausschuß vorstellt.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuß beschließt, folgende Zuschüsse zu zahlen:

	<u>Zuschuß (DM)</u>
1)An den Fachbereich Sozialwesen der BBS I für eine Internationale Begegnung mit Pädagogikschüler/-innen aus Archangelsk	1.440,-
2) Kath. Kirchengemeinde St. Michael Betriebskostenzuschuß	1.000,-
3)An das Eltern-Kinderzentrum Wackelpeter für eine Mutter-Kind-Kurzfreizeit	934,72

Ergebnis: einstimmig

TOP 5.a Antrag des Deutschen Kinderschutzbundes

Frau Meinen verteilt eine Tischvorlage (siehe Anlage). Sie fordert den Jugendhilfeausschuß auf, ihren Antrag zu unterstützen, indem Verwaltung und Politik aufgefordert werden, sich intensiv

um die Wiederherstellung der nicht mehr vorhandenen Versorgung der kinder- und jugendpsychiatrischen Ambulanz zu bemühen.

Herr Mecklenburg erklärt, daß bereits in der letzten Jugendhilfeausschußsitzung zu diesem Thema nach Frau Fekkens Ausführungen umfangreich diskutiert worden sei. Die Verantwortung für die Schließung liege nicht bei der Stadt Emden, sondern woanders. Dann müsse man auch Roß und Reiter nennen. In diesem Zusammenhang ergeht die Frage an Herrn Hegewald, ob bereits eine Antwort aus Bonn vorliege?

Herr Mecklenburg stellt für die SPD-Fraktion den Antrag, diesen Antrag von Frau Meinen an die Fraktionen zu verweisen und je nach Beratungsergebnis an den Verwaltungsausschuß weiterzuleiten.

Herr Hegewald erklärt, daß er auf die Anfrage in Bonn noch keine Antwort erhalten habe. Er zeige Verständnis für den Antrag und unterstütze ihn.

Herr Hemken stellt klar, daß die Vorwürfe wegen der Einstellung der Sprechstunde nicht in Richtung Stadt Emden gehen dürfen. Die Stadt haben die Personal-, Raum- und Sachkosten solange übernommen, wie die Krankenkassen die Behandlungskosten übernommen haben. Der Beschluß, die kinderpsychiatrische Sprechstunde einzustellen, sei nicht gefaßt, ohne sich die Zahlen über die Kosten anzusehen. Er sei bereit, das Zahlenmaterial zur Verfügung zu stellen. Mit der Krankenkassenärztlichen Vereinigung sei intensiv verhandelt worden. Die Stadt sehe jedoch keine Möglichkeit, alle Kosten zu übernehmen.

Herr Beisser betont, daß die Ansprechpartner in dieser Angelegenheit die Krankenkassen und die Kassenärztliche Vereinigung seien. Seine Fraktion unterstütze den Antrag von Frau Meinen, daß mit den Krankenkassen weiter verhandelt werde.

Es ergibt sich eine rege Diskussion über die weitere Verfahrensweise, wobei Frau Meinen sich damit einverstanden erklärt, daß ihr Antrag an die Fraktionen verwiesen wird.

Beschluss:

Der Antrag von Frau Meinen, Verwaltung und Politik aufzufordern, sich intensiv um die Wiederherstellung der kinder- und jugendpsychiatrischen Ambulanz zu bemühen, wird an die Fraktionen verwiesen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 6 Mitteilungen des Oberstadtdirektors

Stand der Jugendhilfeplanung
Vorlage: 13/349

Herr Meister erläutert den Stand der Jugendhilfeplanung und betont, daß der Jugendhilfeausschuß in regelmäßigen Abständen informiert werden solle.

Die für den Stadtteil Barenburg durchgeführte Freizeitbefragung sei abgeschlossen. Der Abschlußbericht werde derzeit erstellt und soll den Ausschußmitgliedern in den nächsten Wochen zugestellt werden.

Im nächsten Schritt der Jugendhilfeplanung geht es nun darum, die durchgeführte Befragung auf das gesamte Stadtgebiet auszudehnen. Hier sei es aber erforderlich, die Stadtgebiete in Sozialräume zu untergliedern. Gleichzeitig müsse darauf geachtet werden, daß eine Vergleichbarkeit mit bereits erhobenen Daten gewährleistet sei.

Die weitere Befragung in den anderen Stadtteilen könne leider nicht in Interviewform weitergeführt werden, da eine längerfristige Kooperation mit dem Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule nicht abzusehen sei. Somit sei es hier erforderlich, stattdessen eine Fragebogenaktion durchzuführen. Die geplante Befragung solle in allen Sozialräumen parallel stattfinden. Für die Befragung habe man einen Zeitplan aufgestellt. Mit einem Abschlußbericht sei bis Ende Juni 1998 zu rechnen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 8 Anfragen

Keine

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 18.20 Uhr.